

Hund buddeln zu viele Löcher: Freilauffläche wird für bis zu sechs Wochen gesperrt und überarbeitet

Die an der Werner Straße, südlich der Hamm-Osterfelder-Bahn gelegene Hundefreilauffläche soll in den nächsten Wochen vom Baubetriebshof der Stadt Bergkamen überarbeitet werden. Hierfür ist eine teilweise Sperrung der Fläche für ca. 4 – 6 Wochen zwingend erforderlich. Mit den Arbeiten wird voraussichtlich Anfang nächster Woche begonnen.

Bei den regelmäßig stattfindenden Pflegearbeiten auf der Fläche wurden bisher die von den Hunden gebuddelten Löcher verfüllt. Insbesondere auf der nordwestlich gelegenen Hälfte der Fläche ist aufgrund der großen Anzahl der Löcher und der in diesem Sommer wieder sehr trockenen Witterung eine Überarbeitung der betroffenen Fläche nötig.

Die Teilfläche wird großflächig mit Erde aufgefüllt, geglättet und neu eingesät sowie anschließend für den o.g. Zeitraum mit einem Bauzaun abgesperrt, um eine Verdichtung des Bodens zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang weist die Stadt nochmals darauf hin, dass das Graben der Löcher durch die Hunde von den Hundehaltern zu unterbinden sei. Andernfalls seien die Löcher von den Hundehaltern wieder aufzufüllen.

Herbert Goldmann geht als Landratskandidat der Grünen ins Rennen um die Kommunalwahl 2020

Die Kreismitgliederversammlung der Bündnisgrünen in Unna hat sich für Herbert Goldmann als Landratskandidaten für die Kommunalwahl 2020 ausgesprochen. Der amtierende Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Mitglied im Ruhrparlament und ehemalige Landtagsabgeordnete konnte sich in einem starken Bewerber*innenfeld durchsetzen.

„Goldmann sieht vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Veränderungen die Zeit für eine grünere Politik gekommen. Der aktuelle Stillstand in den Bereichen Umwelt, Soziales und Mobilität muss durchbrochen werden, dafür wollen die Grünen und Herbert Goldmann als Spitzenkandidat ab 2020 mehr Verantwortung übernehmen und bürgernah an den Lösungen arbeiten“, heißt es in einer Pressemitteilung des Grünen-Kreisverbandes

Ausbildungsstelle beim Kreis Unna: Duales Studium Verwaltungsinformatik

Die Kreisverwaltung wird immer digitaler. Und dafür braucht es Fachleute. Im besten Fall kommen die auch aus dem eigenen

Haus. Deshalb bietet der Kreis Unna 2020 eine Ausbildungsstelle für das duale Studium „Verwaltungsinformatik“ (Bachelor of Arts) an.

Verwaltung 4.0 zu gestalten, das ist das Ziel des neuen Studienganges Verwaltungsinformatik. An der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Münster wird die Theorie gelernt, die praktische Ausbildung erfolgt überwiegend beim Kreis Unna im Fachdienst Zentrale Datenverarbeitung. Es finden ergänzend Praktika in anderen Bereichen der Kreisverwaltung statt.

Inhalte des dualen Studiums sind unter anderem Informatik, IT-Management, IT-Projekte, Datensicherheit, Datenbanksysteme, Rechtswissenschaften sowie Politik- und sozialwissenschaftliche Grundlagen. Die bezahlte Ausbildung dauert in der Regel drei Jahre und beginnt zum 1. September 2020. Der Abschluss Bachelor of Arts, B.A., ist europaweit anerkannt.

Bewerbung und Voraussetzung

Voraussetzung sind die Allgemeine Hochschulreife oder uneingeschränkte Fachhochschulreife und eine EU-Staatsangehörigkeit. Man kann sich nicht direkt an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung einschreiben, sondern muss ein Bewerbungsverfahren in einer der Einstellungsbehörden durchlaufen – also zum Beispiel beim Kreis Unna. Interessierte können sich bis 11. Oktober 2019 bewerben.

Weitere Informationen gibt es bei der Ausbildungsleiterin des Kreises Unna, Diana von der Heyde unter Tel. 0 23 03 / 27-21 11 oder Hartmut Biermann unter Tel. 0 23 03 / 27-10 16, Leiter des Fachdienstes Zentrale Datenverarbeitung, und im Internet unter www.kreis-unna.de/stellenangebote. PK | PKU

Es tut sich etwas rund um den „Rünther Markt“: Bürgeranregung des Aktionskreises und Antrag der SPD-Fraktion

Der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen hat jetzt den sogenannten Marktplatz in Rünthe in die politische Diskussion gebracht. 2002 hat die Stadt die Fläche an der Kanalstraße, die schon einige Jahrzehnte keinen Wochenmarkt mehr gesehen hat, an die Vivawest Wohnen mit dem Ziel einer Wohnbebauung verkauft. Jetzt soll die Stadt die Fläche laut einer Einwohneranregung des Aktionskreises zurückkaufen, nachdem sich dort bis heute nichts bewegt hat, und für eine geeignete alternative Nutzung zu sorgen.

Diesen „Ball“ hat jetzt die SPD-Fraktion aufgegriffen und ihrerseits einen Antrag für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am kommenden Mittwoch gestellt. Demnach soll jetzt die Verwaltung prüfen, „inwieweit die städtebauliche Aufwertung des ehemaligen Marktplatzes Rünthe beschleunigt werden kann. Dabei sind die beteiligten Akteure Vivawest als Eigentümerin und deren privaten Kaufinteressenten; Kreis Unna als Bodenschutzbehörde und Stadt Bergkamen als Träger der Planungshoheit einzubeziehen. Neben der bisher angestrebten Nutzung für zusätzliche Wohnbaugrundstücke soll als Alternative auch die Nutzung als öffentliche Grünfläche mit bewertet werden. Daher sollten Sanierungsbedarf und etwaige Rückkaufoptionen abhängig von der Folgenutzung ermittelt werden.“

Sowohl der Aktionskreis als auch die SPD-Fraktion nennt als Grund für die bisherige Nich-Bebauung die hohen

Sanierungskosten für diese Fläche.

Klima schützen: Kreis bei Fridays for Future dabei



Landrat Makiolla lädt zum Mitmachen bei Fridays for Future ein. Foto: Constanze Rauert –Kreis Unna

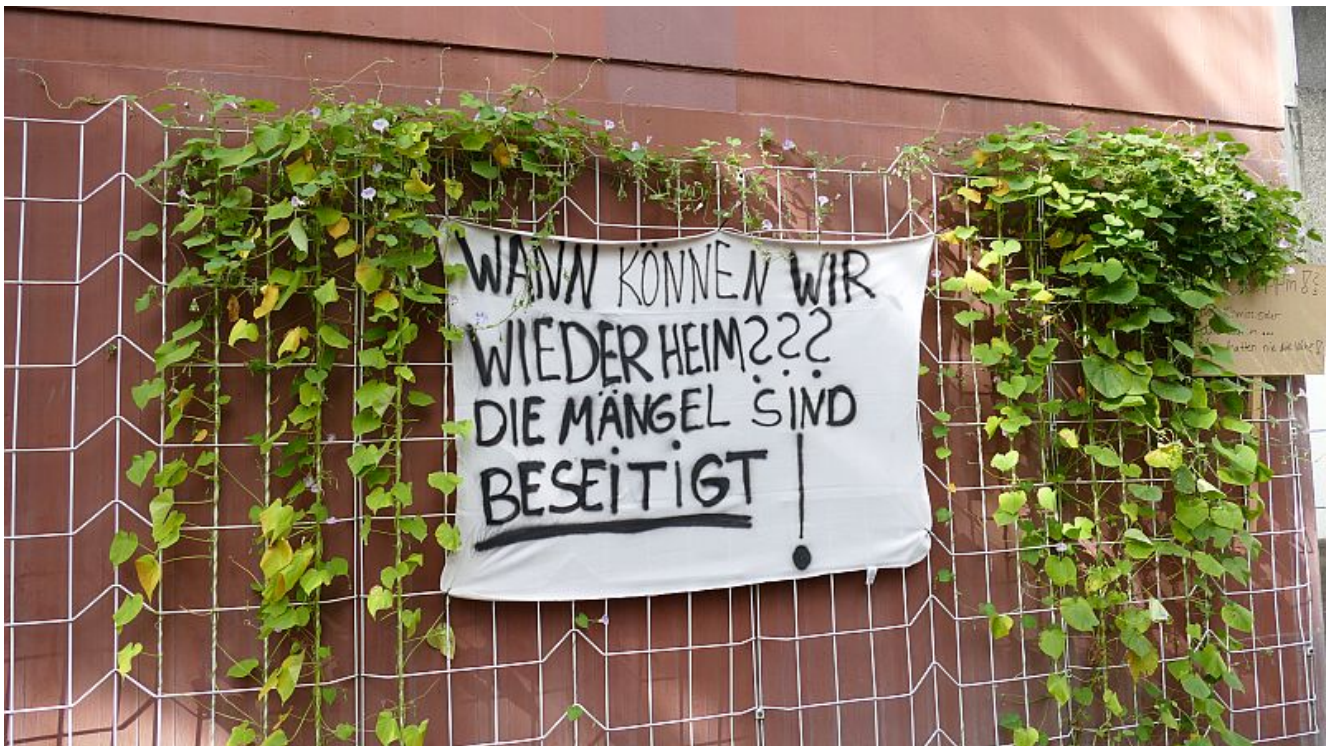
Das Klima schützen! Für den Kreis seit Jahren selbstverständlich. Er sanierte u.a. seine Gebäude energetisch, stellte den Fuhrpark auf E-Fahrzeuge um, bildet Umwelttechniker aus und erklärte zuletzt den Klimanotstand. Klar also, dass der Kreis am Freitag beim bundesweiten Fridays for Future-Tag mitmacht. „5 vor 12“ heißt die im Kreishaus plakatierte Botschaft.

Landrat Michael Makiolla wird Flagge zeigen, der Personalrat der Kreisverwaltung ebenso, Mitarbeiter des Hauses sind dabei und Jugendliche der kreiseigenen Berufskollegs nebenan auch. Zentraler Treffpunkt am Freitag, 20. September um 11.55 Uhr: Das Atrium im Kreishaus Unna, Friedrich-Ebert-Straße 17. Alle, die ebenfalls aktiv für Klimaschutz stehen, sind willkommen,

denn auch und gerade bei diesem, die Welt bewegenden und in Bewegung bringenden Thema gilt: „Gemeinsam sind wir stark.“

Im Anschluss an die Aktion im Kreishaus soll es zum Rathaus der Kreisstadt Unna gehen, wo sich Jugendliche verschiedener Schulen versammeln und ein starkes Signal für mehr Klimaschutz als eine Grundvoraussetzung für ihre Zukunft senden wollen. PK
| PKU

Bewohner der Häuser Töddinghauser Straße 135 und 137 dürfen ab sofort in ihre Wohnungen zurück



Dieses Transparent wurde bereits vor vielen Wochen an den Häusern Töddinghauser Straße 135 und 137 aufgehängt.

Die rund 95 Bewohnerinnen und Bewohner der beiden Hochhäuser Töddinghauser Straße 135 und 137 dürfen ab sofort in ihre Wohnungen zurückkehren. Ein entsprechende Schreiben übergab am Donnerstagmorgen der 1. Beigeordnete der Stadt Bergkamen Dr. Hans-Joachim Peters an Hausverwalter Jörg Berchem.

Über diese für sie zu diesem Zeitpunkt überraschende Nachricht freute sich Bettina Marschall riesig. Sie ist Mieterin und wohnte seit der Nutzungsuntersagung am 15. Mai in sehr bescheidenen Verhältnissen in einer städtischen Unterkunft an der Fritz-Husemann-Straße. Sie war eigentlich nur zur Töddinghauser Straße gekommen, weil sie wie andere Bewohner auch um 12 Uhr kurz in ihre Angestammte Wohnung für kurze Zeit hineindurfte. Sie wollte sofort in ihre angestammte Wohnung zurückkehren.



Verwalter Jörg Berchem (l.)
und 1. Beigeorneter Dr.
Hans-Joachim Peters in der
Pressekonferenz am
Donnerstag

Ein in der Öffentlichkeit sehr kritisch diskutierter Punkt war die Nutzungsgebühr für die Unterbringung in den städtischen Unterkünften. Hier stellte der 1. Beigeordnete fest, dass die rund 16 betroffenen Bewohner der beiden Häuser, die an der Fritz-Husemann-Straße untergekommen waren, lediglich die Verbrauchskosten für Strom, Wasser und Heizung tragen müssen. „Auf die Berechnung einer Quadratmeterpauschale wird verzichtet“, betonte Peters am Donnerstag in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz.

Vor den Eingängen der beiden Häuser warteten mehrere Mieter auf Einlass. Ein Mieter regte sich über das bisherige Verfahren auf und verlangte sofort Unterstützung von der Stadt beim jetzt fälligen Umzug von der Fritz-Husemann-Straße zurück in seine Wohnung. Zumindest solle sie ihm ein Taxi stellen, weil er nur über ein Fahrrad verfüge.

Die Aufhebung der Nutzungsuntersagung ist das Ergebnis einer abschließenden Begehung der beiden Gebäude mit dem öffentlich bestellten und vereidigten Brandschutzsachverständigen Dirk Hageböling am Donnerstagmorgen. Er stellte fest, dass die drei Hauptmängel an den Müllschächten, an den Elektrokästen und an den Türen zu den Ersatzkellerräumen beseitigt seien. Er machte aber auch klar, dass noch weitere weniger gravierende Mängel in den kommenden Wochen und Monaten beseitigt werden müssten. Das ist auch das Ergebnis einer jetzt erfolgten Brandschutzschau, die im dreijährigen Rhythmus wiederholt wird.



Blick aus der 6. Etage des Rathauses auf die Häuser Töddinghuser Straße 135 und 137.

Im Oktober werde es zu einer Eigentümerversammlung kommen, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen, kündigte Verwalter Jörg Berchem an. Ein erheblicher Wermutstropfen ist für die Eigentümer, dass sie nicht nur die Kosten für die Mängelbeseitigung tragen müssen, sondern auch für die Sicherungsmaßnahmen am Gebäude in den zurückliegenden dreieinhalb Monaten. Peters machte klar, dass schließlich der

mangelhafte Brandschutz an den Gebäuden Auslöser dieser Maßnahmen gewesen sei. Außerdem betonte der 1. Beigeordnete, dass der Gutachter Hagebölling eindeutig festgestellt habe, dass die Nutzungsuntersagung vom 15. Mai wegen der gravierenden Brandschutzmängel notwendig gewesen sei. Er bitte deshalb die Betroffenen und Verständnis, einen Anlass für eine Entschuldigung sehe er nicht.

Hier die Ergebnisse der Begehung am Donnerstagmorgen aus der Sicht des Gutachters Hegebölling:

„Feststellungen

Im Zuge der brandschutztechnischen Gefährdungsbeurteilung wurde der Schwerpunkt auf mögliche Rauchausbreitungspfade gelegt. In der gutachterlichen Beurteilung vom 03.09.2019 wurden mit Bezug auf die Feststellungen unter den Punkten 2.2.1, 2.2.2 und 2.2.3 kurzfristig vorzunehmende Maßnahmen empfohlen, die eine Wiederbelegung der Wohneinheiten aus Sicht des Unterzeichners vertretbar erscheinen lassen. In einem ersten Zuge wurde dabei nicht auf eine zulassungskonforme brandschutztechnische Ertüchtigung Wert gelegt, sondern auf kurzfristig durchführbare, zweckdienliche Lösungen, die eine Rauchausbreitung in die Flurzonen weitgehend verhindern.

Die Umsetzung dieser ersten Maßnahmen wurde heute unter Beteiligung der zuständigen Behörden, eines Eigentümerversprechers und der Hausverwaltung überprüft.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden im Sinne der o.a. Zielsetzung umgesetzt und z.T. durch Abdichtmaßnahmen an den Schachttüren der Aufzugsanlagen noch ergänzt. Insofern wurde nunmehr ein Zustand erreicht, der aus brandschutztechnischer Sicht unter Berücksichtigung der besonderen Lebenssituation der nach dem Brand ausquartierten Bewohner eine behördliche Gestattung der bestimmungsgemäßen Nutzungsaufnahme als Wohngebäude einräumt, da die konkrete Gefährdungssituation einer unkontrollierten Rauchausbreitung nicht mehr vorliegt.

Mit dieser Feststellung ist jedoch nicht eine Freistellung der Eigentümer von weiteren Ertüchtigungsmaßnahmen verbunden. Diese noch erforderlichen Maßnahmen sollten nach Ansicht des Sachverständigen im Zuge einer behördlichen Bescheidung unter Berücksichtigung einer angemessenen Fristsetzung festgelegt werden.

Zusammenfassung

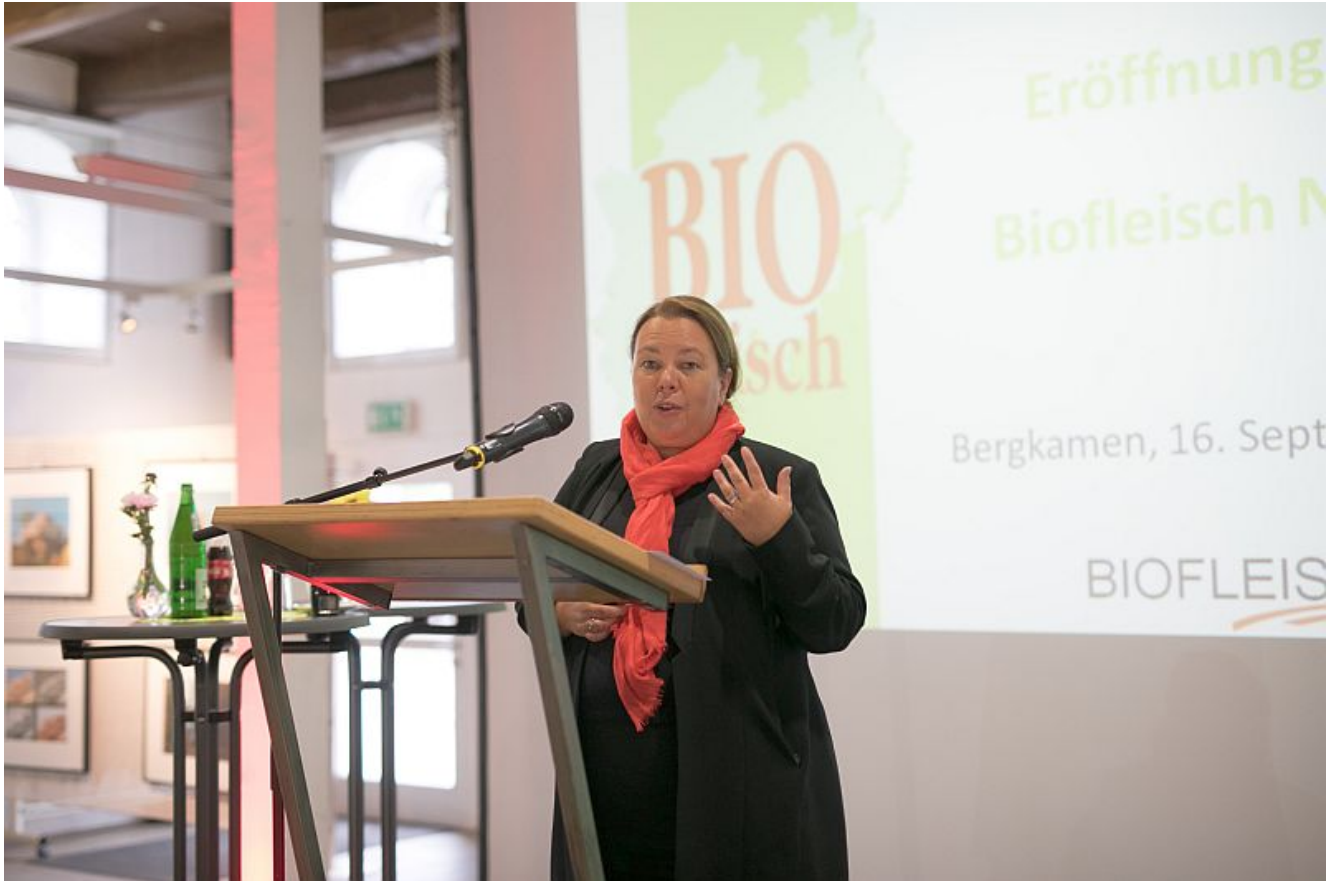
Aufgrund der kurzfristig durchgeführten Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung einer unkontrollierten Ausbreitung von Brandrauch in die notwendigen Rettungswege konnte der konkrete Gefahrentatbestand so weit abgemildert werden, dass aus brandschutztechnischer Sicht eine Wiederbelegung der Wohneinheiten vertretbar ist.

Die endgültige Entscheidung zur Aufhebung der Nutzungsuntersagung liegt aber nach wie vor bei der zuständigen Ordnungsbehörde. Die vorliegende Feststellung auf der Basis der aktuell durchgeführten Überprüfung kann dabei die zu treffende Entscheidung erleichtern.

Die vorliegende gutachterliche Stellungnahme wurde nach objektiver Bewertung der vorliegenden Fakten unter Zugrundelegung aktueller Rechtsvorschriften und Regeln der Technik bei Wahrung der Neutralität eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen erarbeitet und verfasst.“

Ministerin Ursula Heinen-Esser eröffnet Neubau der

Biofleisch-Genossenschaft auf der Ökologiestation



Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen – bei ihrer Rede zur Eröffnungsfeier

Der Biomarkt wächst und die Biofleisch-Genossenschaft – Biofleisch NRW eG – auf der Ökologiestation in Bergkamen wächst mit. “Das Interesse der Verbraucher ist unvermindert hoch. Deshalb müssen wir unsere Betriebsräume erweitern“, freut sich Geschäftsführer Christoph Dahlmann. “Damit bieten wir auch unseren Landwirten Absatzmöglichkeiten. Das ist eine wichtige Voraussetzung, damit Betriebe auch in Zukunft auf biologischen Landbau umstellen können.“ Aktuell sind bei der Biofleisch NRW eG mehr als 100 Mitgliedsbetriebe organisiert, die ihre Tiere über den Zerlege- und Verarbeitungsbetrieb in Bergkamen vermarkten.

Auch Ministerin Ursula Heinen-Esser, die die Eröffnung vor mehr als 150 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Landwirtschaft vornahm, charakterisierte den Betrieb als Vorbild in vielerlei Hinsicht. Als genossenschaftliches Unternehmen habe man die Interessen der Bäuerinnen und Bauern zu vertreten, aber auch die Arbeitsbedingungen ohne Leih- und Werksarbeit seien bei der Biofleisch NRW eG vorbildlich. Zugleich bedauerte sie, dass Nordrhein-Westfalen bei dem Anteil biologisch bewirtschafteter Fläche sowie der Anzahl der Bio-Höfe nicht zur Spitzengruppe in Deutschland gehöre. „Bei einem Absatzmarkt für 18 Millionen Einwohner in NRW können wir noch besser werden. Der Verbraucher wünscht hochwertige Produkte und wir müssen die Bäuerinnen und Bauern unterstützen, dass wir diese Potenziale stärker ausnutzen.“

Hubertus Hartmann, der Vorstandsvorsitzende der Biofleisch NRW eG, ergänzte, dass der Wunsch nach Veränderungen auf den landwirtschaftlichen Höfen ungebrochen ist. „Nur sind viele unsicher, wo es agrarpolitisch hingehet und ob die Verbraucher mitziehen. Aber angesichts der Wetterkapriolen und des Klimawandels sind sich viele Erzeuger, aber auch Verbraucher bewusst, dass ein „Weiter so“ in der landwirtschaftlichen Erzeugung wie auch im Konsumverhalten nicht funktionieren kann.“ Michael Radau, Chef der SuperBioMarkt AG aus Münster und Präsident des Handelsverbands NRW pflichtet ihm bei, dass das Wachstum des Biomarktes weitergehen wird. „Aber wir müssen uns anstrengen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt und nicht allein an die großen Handelskonzerne geht, die Bio eher aus Marketinggründen als aus Überzeugung betreiben.“

Auch Heinen-Esser will dem großen Einzelhandel in Zukunft mehr auf die Finger schauen. Produkte unter Einstand zu verkaufen, gehe gar nicht. Ob man politisch oder rechtlich etwas ändern könne, will sie prüfen. Große Einigkeit herrschte darüber, dass die Chancen auch für den schwierigen Biofleischmarkt trotz der großen Preisunterschiede erheblich sind.

„Wir haben in den letzten fünf Jahren ein Umsatzwachstum von

über 30% erzielen können. Und solche Zahlen erwarten wir auch in nächster Zeit durch unseren Neubau auf der Ökologiestation des Kreises Unna," gibt Hartmann, zugleich Schweine- und Rinderhalter, die Richtung vor und unterstreicht die ausgezeichnete Kooperation mit den kommunalen Einrichtungen und den regionalen Naturschutzorganisationen. „Die Zusammenarbeit entspricht voll unserer Firmenphilosophie. Es geht uns nicht nur (aber auch) um Ökonomie, sondern um artgerechte Tierhaltung, um Schutz der Umwelt und dass wir Bäuerinnen und Bauern die Vermarktung selber in der Hand haben. Hier in der Region sind wir schon Teil des Mainstreams. Jetzt müssen wir es noch insgesamt in der Gesellschaft werden.“



Hugo Gödde (Projektleitung), Christine Raffenberg (Vorstand Biofleisch NRW eG), Peter Angenendt (Aufsichtsratsvorsitzender Biofleisch NRW eG), Hubertus Hartmann (Vorstandsvorsitzender Biofleisch NRW eG), Christoph Dahlmann (Geschäftsführer Biofleisch NRW eG), Gottfried Erves (Aufsichtsrat Biofleisch NRW eG), Patrick Liste (stellvertr. Chefredakteur Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben), Michael Radau (Vorstandsvorsitzender SuperBioMarkt AG), Martin Wiggermann (stellvertr. Landrat Kreis Unna), Ursula Heinen-Esser

(Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW), Friedrich Ostendorff (Vorstand Biofleisch NRW eG), Herbert Goldmann (Vorsitzender Verwaltungsrat Umweltzentrum Westfalen), Monika Wernau (stellvertr. Bürgermeisterin Stadt Bergkamen) – v.l.n.r. – Vorstand und Aufsichtsrat der Biofleisch NRW eG mit FestrednerInnen
Bilder: C. Rücker

Im Notfall gut informiert: App erweist sich einmal mehr als nützlich

Am 30. August kam es in Unna zu einem Stromausfall. Telefone, Computer und Radio funktionierten nicht mehr. Informationen gab es aber dennoch: Über die Warn-App NINA direkt auf das Smartphone.



NINA ist die Abkürzung für die Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes. Darüber lassen sich Warnmeldungen direkt auf das Smartphone schicken. Der Kreis Unna nutzt sie seit 2017, um aus der Rettungsleitstelle spezifische Meldungen für das gesamte Kreisgebiet oder eingegrenzte Bereiche zu

versenden.

Aktuelle Infos aus erster Hand

Die Bevölkerungsschützer schicken darüber unter anderem bei Schadstoffaustritten, Großbränden, Bombenentschärfungen sowie weiteren akuten Gefahren Warnungen raus. Auch Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes und Hochwasserinformationen der zuständigen Stellen der Bundesländer sind ebenfalls in die Warn-App integriert. Neben der Warnfunktion bietet die App auch Informationen zu richtigen Verhaltensweisen und Notfalltipps zu Themen des Bevölkerungsschutzes.

„Die Nutzer können natürlich nicht nur Meldungen aus dem Kreis Unna erhalten, sondern in ihren individuellen Einstellungen bestimmen, für welche Orte sie Warnmeldungen erhalten möchten“, sagt Thomas Heckmann, Chef der Kreis-Rettungsleitstelle. Mittels Push-Funktion bekommt der Nutzer die Nachrichten für die Orte direkt auf dem Handy angezeigt.

App kostenfrei herunterladen

Wichtig zu wissen: Warnungen und Aktualisierungen können nur mit einer aktiven Datenverbindung (per WLAN oder mobil) empfangen werden. Beim Stromausfall fiel das WLAN aus – das mobile Netz funktionierte bei vielen Smartphones aber noch. Und wer ein Handy mit funktionierender Datenübertragung hat und eine solche Nachricht erhält, wird damit zum wichtigen Multiplikator: Denn er hat Informationen, die er zu Nachbarn, Kollegen und Freunden weitertragen kann.

Die App kann kostenfrei heruntergeladen werden. Sie ist für die Smartphone-Betriebssysteme iOS und Android kostenlos in den jeweiligen Stores verfügbar. Weitere Informationen gibt es auch unter: www.bbk.bund.de/nina. PK | PKU

„Bürgermeister vor Ort“ in der Mensa der Regenbogenschule in Rünthe

Bürgermeister Roland Schäfer setzt seine Veranstaltungsreihe „Bürgermeister vor Ort“ dieses Mal im Stadtteil Rünthe fort, und zwar am Montag, 23. September, ab 18.30 Uhr, in der Mensa der Regenbogenschule (ehem. Hellwegschule), Rünther Str. 80, 59192 Bergkamen-Rünthe.

Zur offenen Diskussionsrunde lädt Bürgermeister Roland Schäfer alle interessierten Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Bergkamen-Rünthe ein. Ebenfalls eingeladen sind insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Vereine und Institutionen im Stadtteil Rünthe, die Stadtverordneten des Rates im Stadtteil Rünthe, die Fraktionsvorsitzenden, die Ortsvorstehenden und Bezirksbeamten der Polizei.

Roland Schäfer: „Der direkte Kontakt zur Bevölkerung ist für mich als Bürgermeister sehr wichtig. Obwohl ich auch nicht bei allen Problemen Abhilfe schaffen kann, ist es mir ein besonderes Anliegen, persönlich ansprechbar zu sein, Anregungen entgegen zu nehmen oder Hilfestellungen geben zu können.“

Diese Möglichkeit bietet nicht nur die Veranstaltungsreihe „Bürgermeister vor Ort“. Gut angenommen werden schon seit Jahren die Bürgermeistersprechstunden jeweils donnerstags nachmittags, die Neubürgerabende, das Bürgertelefon unter Tel. 02307/965-444 sowie der sogenannte „Kummerkasten“ im Foyer des Rathauses und der Elektronische Kummerkasten, der auf der städtischen Homepage www.bergkamen.de zu finden ist.

Bündnis 90 / Die Grünen und die BI L 821n Nein laden zum Protestmarsch gegen die L 821n ein

Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen in Bergkamen und die Bürgerinitiative L 821n Nein laden am Sonntag, 22. September, ab 15.00 Uhr zum Protestmarsch gegen den Bau der L 821n ein. Treffpunkt ist die Brücke über den Kuhbach am Pantenweg neben der Realschule in Bergkamen-Oberaden.

Bei dieser Veranstaltung wird der geplante Trassenverlauf der L821n abgelaufen. An einigen Punkten werden Stopps eingelegt und Einzelheiten der Baumaßnahme besprochen. Hiermit soll ein Zeichen gesetzt werden gegen den überflüssigen und extrem klimaschädlichen Bau dieser Straße. Der Protestmarsch führt über die Kuhbachtrasse, vorbei am Parkfriedhof und durch die Felder. Dieser Spazierweg wird mit dem Bau der Straße versperrt.

Als Gastredner ist an diesem Veranstaltungstag Friedrich Ostendorff MdB, agrarpolitischer Sprecher Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingeladen.

Die Teilnehmer werden vom Vorsitzenden des OV Bündnis 90 / Die Grünen, Rolf Humbach, über alle Neuigkeiten rund um den Bau der höchst umstrittenen L 821n informiert, z. B. Reaktion der EU-Kommission und Einschaltung des Petitionsausschusses des Landtags NRW.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe der geplanten Trasse der L821n wohnen, sind herzlich eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, denn sie bekommen hier wichtige

Informationen bezüglich der zu erwartenden wesentlich höheren Lärmbelastung, die von Strassen NRW bereits öffentlich kundgetan wurde.

Im Anschluss an die Veranstaltung lädt die BI L821n NEIN wieder alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem lockeren Informationsaustausch bei kalten und heissen Getränken und Kuchen ein.

Von Schulz zu Scholz: Kandidaten-Tournee stoppt in Kamener Stadthalle

von Andreas Milk

Martin Schulz war schon da – im März 2017, als designierter SPD-Vorsitzender (und Kanzlerkandidat). Im Februar 2018 kam Andrea Nahles, als designierte SPD-Vorsitzende in Sachen GroKo-Fortsetzung unterwegs. Jetzt kommen die nächsten SPD-Chefposten-Bewerber in die Kamener Stadthalle: Am übernächsten Samstag, 28. September, haben sie einen Tournee-Auftritt. Die Halle ist dann Schauplatz einer so genannten Regionalkonferenz: Die Sozialdemokraten reisen in diesen Wochen durch Deutschland, um sich den Genossen vor Ort vorzustellen.

Zu den prominentesten zählen Bundesfinanzminister Olaf Scholz und der Mann mit der Fliege, Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, sowie Gesine Schwan, ehemals Kandidatin fürs Bundespräsidentenamt. 14 Männer und Frauen – sieben Duos – insgesamt sind es, die Ex-Parteichefin Nahles beerben wollen: sieben Duos, ein Einzelbewerber.

Im Internet lassen sich die Regionalkonferenzen – in NRW gibt es drei – via SPD-Homepage im Livestream verfolgen. Die letzte ist Mitte Oktober in Bayern. Es folgt eine Abstimmung der SPD-Mitglieder: Beteiligen darf sich, wer spätestens an diesem Montag formal in die Partei aufgenommen worden ist. Im November folgt gegebenenfalls eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten. Letztlich gewählt wird Nahles' Nachfolge-Duo oder Nachfolger schließlich im Dezember auf dem Parteitag.